

## PRESSEERKLÄRUNG

Nr.: 379  
Thema: Brandanschläge

Redaktion: Stefan Sukale  
Datum: 29. September 2007

### **HENKEL/WANSNER: FORTDAUERENDE ANSCHLAGSSERIE WIRD ZUM STANDORTPROBLEM**

Innensenator Körting muss öffentlich Stellung beziehen

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Frank HENKEL**, und der Wahlkreisabgeordnete aus Friedrichshain-Kreuzberg, **Kurt WANSNER**, erklären:

„In der Nacht zum Freitag ist in Berlin erneut ein Auto angezündet worden. Damit wurden allein in diesem Jahr fast 90 Brandanschläge mit vermutetem politischen Hintergrund registriert. Nicht nur diese Zahl ist erschreckend, sondern auch, wie kommentarlos der Senat das Abfackeln von Autos seit dem G8-Gipfel hinnimmt.

Innensenator Körting, der gleichzeitig Vorsitzender der Innenministerkonferenz ist, vergisst wohl, dass seine Kernaufgabe in Berlin liegt. Trotz der Aufforderung der CDU-Fraktion, verstärkte Maßnahmen einzuleiten, um den Chaoten das Handwerk zu legen und Privateigentum zu schützen, bleibt Körting tatenlos und schweigt beharrlich. Der Innensenator sendet durch seine Sprachlosigkeit ein fatales Signal aus und lässt die betroffenen Anwohner und Unternehmen vor allem in den Innenstadtbezirken wie Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg mit ihren Problemen allein.

Es wäre ein gefährliches Spiel, die Anschlagsserie wegzublenden oder darauf zu setzen, dass sich das Problem irgendwann von selbst löst. Dieser Senat muss die Innere Sicherheit endlich als Standortfrage begreifen. Im Standortranking der Bertelsmann-Studie landet Berlin im Ländervergleich auf dem vorletzten Platz bei der Sicherheit und weist einen deutlich schlechteren Indexwert als Hamburg auf. Es ist höchste Zeit, dass der Senat das Heft des Handelns zurückerlangt und die zunehmenden Probleme auf den Straßen anpackt.

Im Zusammenhang mit den Brandanschlägen fordern wir den Innensenator auf, sein Schweigen zu brechen und endlich öffentlich Stellung zu beziehen. Unabhängig davon werden wir einen Besprechungspunkt in der nächsten Sitzung des Innenausschusses anmelden und zur kommenden Parlamentssitzung wie angekündigt einen Antrag über die Einrichtung einer Sonderkommission einbringen.“